

Bezugspreis: Vierteljahr 2.00 — 3.00 monatlich 0.75 — 1.00... Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Raumzeitung kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 2.— M. (zwei fertige Blätter)...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 21. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Sachverständigenkonferenz in London

Ein offizieller Bericht über die gestrigen Beratungen der Sachverständigen in London besagt, daß man sich mit dem Programm der Konferenz von Genua beschäftigt habe...

Nach einer von der Agentur Havas bestätigten Meldung des „Devoire“ hat Poincaré erklärt, er verzichte endgültig darauf, nach Genua zu gehen.

Ultimatum, Zwangsmaßnahmen, Kontrolle?

Paris, 21. März. (WZB.) „Matin“ glaubt, die Hinauszögerung der Entscheidung der Reparationskommission sei darauf zurückzuführen, daß der belgische Delegierte Delacroix im letzten Augenblick wichtige Vorschläge unterbreitet habe...

Die neuen Vorschläge Delacroix' hätten zum Ziele, die beiden Vorschläge miteinander zu verbinden. Deshalb sei entschieden worden, daß die Reparationskommission heute aufs neue tagen solle...

Das „Echo de Paris“ schreibt zu letzterer Frage, daß eine Hinauszögerung erfolgen werde, da augenblicklich kein Geldgeber geneigt wäre, Geld auf Reparationskonto zu leihen.

Belgische Sozialisten gegen Versailles.

Am Sonntag trafen in Köln 25 Mitglieder der belgischen sozialistischen Parteischule ein, die in dieser Woche eine Studienreise durch das westdeutsche Industriegebiet unternahmen...

Lloyd George, der Einsame.

Lloyd George erklärte am Sonntag in einer Ansprache in der Kapelle von Criccieth auf eine Reue über das Geistesliche, daß er, Lloyd George, den Berg des Ruhmes und der Verantwortlichkeit erklimmen habe...

Wahlrechtsänderung in Jugoslawien.

Belgrad, 21. März. (WZB.) Die Regierung hat in der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über die Abänderung der Wahlordnung für die Nationalversammlung eingebracht...

Schwankende Kurse.

In der gestrigen New Yorker Börse traten plötzlich starke Schwankungen der Markt ein. Sie bewegten sich zwischen 0,32 1/2 und 0,37 1/2. Nach Berliner Parität ergäbe sich eine Schwankung des Dollars zwischen 307 und 266.

Das unruhige Indien. „Daily Express“ schreibt: Die Verhaftung Ghandis und anderer bekannter Nationalistenführer hatte zur Folge, daß die Führung der nationalistischen Bewegung in Indien jetzt in die Hände von Unberufenen gelangt ist...

Kampf gegen uneheliche Mütter.

Ein Kapitel aus der Politik beamteter Sittlichkeitsstauten. Aus Kreisen der Reichspostbeamtinnen gehen uns zwei vertrauliche Rundschreiben einer merkwürdigen Organisation weiblicher Beamtinnen zu, die es sich in den Kopf gesetzt hat...

Verband der deutschen Reichspost- und Telegraphenbeamtinnen. Berlin N. 58, den 8. März 1922.

Vertraulich! Liebe Kolleginnen!

Aus der Tagespresse und dem „Reichsanzeiger“ Nr. 5 wird Ihnen bekannt sein, daß kürzlich in Anlehnung an einen Berliner Fall unehelicher Mutterschaft eine neue Hege gegen unseren Verband in Szene gesetzt worden ist.

Da die Verhandlungen über den Posthaushalt im Reichstag unmittelbar bevorstehen, läßt sich nach den Vorgängen von 1919 und 1920 die Möglichkeit nicht von der Hand weisen, daß das gegenwärtige Vorgehen vielleicht die Stimmung für einen neuen Vorstoß im Reichstag vorbereiten soll...

Es wäre u. E. verfehlt, etwa planlos die Reichstagsabgeordneten aus Ihren Wahlbezirken mit Forderungen oder Rundgebungen zur Sache zu überschütten...

Es kommt darauf an, zu unterstreichen, daß wir die Lage der unehelichen Mutter nicht verschlimmern, sondern verbessern haben, indem wir eine individuelle Beurteilung des einzelnen Falles verlangen...

gez. Else Fisch, 2. Vorsitzende. gez. Gertrud Thieme, 1. Schriftführerin.

Verband der deutschen Reichspost- und Telegraphenbeamtinnen. Berlin N. 58, den 13. März 1922.

Vertraulich! Liebe Kolleginnen!

Aus der anliegenden Abschrift aus dem „Reichsanzeiger“ ersieht Sie, daß ein (sozialdemokratischer, D. Red.) Antrag bezüglich der unehelichen Mutterschaft diesmal nicht beim Posthaushalt, sondern beim Haushalt des Reichsministeriums des Innern im Hauptauschuß des Reichstages eingebracht und angenommen ist...

Größte Elfe ist geboten, da der Haushalt des Reichs- ministeriums des Innern möglicherweise noch Ende dieser Woche an den Reichstag gelangt. Sie wollen es uns nicht verargen, wenn wir uns, da wir Ihre Entrüstung über die geplante Vergewaltigung des Willens der ganz großen Mehrheit der weiblichen Beamten kennen, eine Warnung gestatten: Man wird leicht geneigt sein, aus allen Versicherungen auf Engherzigkeit und Pharisäertum zu schließen; darum muß erkennbar sein; daß unsere Forderungen davon weit entfernt sind.

Mit herzlichem Verbandsgruß:

gez. i. B.: Elfe Fisch
2. Vorsitzende.

gez. Gertrud Thleme.
1. Schriftführerin.

Dieses rührige Vorgehen des genannten Verbandsvorstandes verdient der Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. So arbeitet man hinter den Kulissen, um im Reichstage eine Entscheidung zu hintertreiben, die einer Verfassungsbestimmung zum Siege verhelfen soll.

Im Absatz 128 der Reichsverfassung lesen wir: „Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.“ Wie sieht es aber in der Praxis aus? Von der unehelichen Vaterchaft eines Beamten nimmt die Behörde Kenntnis, um ihm eine Kinderzulage zu gewähren, damit er seinen Alimentationsverpflichtungen nachkommen kann. Die Beamtin dagegen, die uneheliche Mutter wird, steht man auf die Strafe. Und dies unter ausdrücklicher Zustimmung, ja auf Verlangen der oben genannten weiblichen Berufsvertretung.

Mit Entschiedenheit muß die in dem Rundschreiben aufgestellte Behauptung zurückgewiesen werden, daß die große Mehrheit der weiblichen Postbeamten auf dem Standpunkt des Verbandsvorstandes steht. Mitgliederversammlungen können doch nicht als entscheidender Faktor gewertet werden. Die Anwesenden sind dort stets die gleichen; es sind oft diejenigen, die der „Vorwärts“ sehr richtig als „Sittlichkeitsanten“ bezeichnet. Die große Menge der Beamtinnen, die diesen Organisationsversammlungen leider indifferent gegenübersteht, ist — das muß betont werden — wenn es um das Recht der unehelichen Mutter geht, ganz und gar nicht indifferent. Ergaben doch schon die letzten Mitgliederversammlungen eine stets wachsende Widerheit, die gegen den Verbandsvorstand in dieser Frage Stellung nahm. Und anwesende jüngere Beamtinnen haben nachträglich zahlreich bekannt, daß sie in den Versammlungen in Gegenwart ihrer Aufsichtsbearbeiterinnen nicht ihrer Ueberzeugung entsprechend zu stimmen wagten, um nicht dadurch dienstlichen Benachteiligungen ausgesetzt zu sein.

Wenn in den beiden Rundschreiben es so dargestellt werden soll, als hätte der Verband durch seine Beschlüsse die Lage der unehelichen Mutter verbessert, so muß das als trasse Unwahrheit bezeichnet werden. Der Berliner Bezirksverein dieses Verbandes hat, als im Jahre 1920 in einem Falle erklärt wurde, daß gegen die Weiterbeschäftigung der in Frage kommenden unehelichen Mutter nichts einzuwenden sei, ausdrücklich verlangt, daß dem Verbandsbeschlusse Rechnung zu tragen sei und uneheliche Mütter grundsätzlich entlassen werden müßten. Von Fall zu Fall soll dann nachträglich entschieden werden, ob eine eventuelle Wiedereinstellung von der Berufsvertretung befürwortet werden kann. Nach Angabe der Vorsitzenden des Berliner Bezirksvereins können nur Fälle berücksichtigt werden, in denen die Beamtin das Opfer eines Ueberfalls (!) geworden ist. Alle übrigen scheiden aus, weil bei ihnen ja die „Unmoral“ der unehelichen Mutter klar zutage tritt. — So wird in Berlin geurteilt. Es glaubt wohl niemand, daß die Vorstände im Reich toleranter sein werden.

Der Verbandsvorstand weiß ganz genau, daß er sein wahres Gesicht nicht zeigen darf. Daher die Warnung an alle Vorstände der Bezirks- und Ortsvereine, sich durch die „begreifliche Entrüstung nicht hinreißen zu lassen“ und den Abgeordneten gegenüber vorsichtig zu operieren, da man „leicht geneigt sein wird, auf Engherzigkeit und Pharisäertum zu

schließen.“ Mögen die Abgeordneten sich durch Machenschaften des Verbandsvorstandes der Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten nicht beirren lassen. Die Mehrzahl der weiblichen Beamten erwartet von ihnen, daß sie es ablehnen, die beamtete Frau weiter unter eine brutale Ausnahmebestimmung zu stellen.

Giesberts und die Beamtenräte.

Man schreibt uns:

Im Reich des Herrn Giesberts gibt es sogar Beamtenräte, oder vielmehr Beamtenausschüsse. So auch in Berlin, wo auf Grund einer Verordnung aus dem Dezember 1918 örtliche Beamtenausschüsse gewählt wurden, die wiederum unter sich den Bezirksbeamtenausschuss bei der Oberpostdirektion Berlin wählten. Seither haben keine Neuwahlen stattgefunden. Der Versuch Giesberts, im Jahre 1920 seinen Beamten ein Dreiklassenwahlrecht und Beamtenausschüsse nach seinem Geschmack durch eine Verordnung aufzudrücken, wurde von diesen glänzend abgelehnt. Die Ausschüsse ergänzten sich also nach eigener Methode und dadurch kam es, daß im Bezirksbeamtenausschuss schließlich sieben verschiedenen Mitgliedern sieben Schwachmütige gegenüberstanden. Diese gewannen aber gewöhnlich die Oberhand, weil das 15. Mitglied des Ausschusses, eine deutschnationale Beamtin vom bekannten Reichsbund der Post- und Telegraphenbeamtinnen, stets auf die „rechte“ Seite fiel. Das Arbeiten war also zwecklos geworden, und es wurde der Beschluß durchgesetzt, entsprechend den Bestimmungen vom Dezember 1918, den Bezirksauschuss neu wählen zu lassen.

Raum hatte die Postverwaltung dies erfahren und herausgebracht, daß in diesen neuen Ausschuss ihr wenig genehme Persönlichkeiten, d. h. mehrere sozialistische Beamte, einzuziehen würden — u. a. auch der jetzige U.S.P.-Reichstagsabgeordnete Oberpostsekretär Hoffmann —, als sie Himmel und Hölle in Bewegung setzte, die Wahlen zu hintertreiben. Ja, der Minister griff sogar persönlich ein, um die Mitglieder des Ausschusses davon abzuhalten, ihre Ämter niederzulegen. Er erzählte ihnen, daß die Neuwahlen nach dem Beamtenrätegesetz doch bald kämen, und man möge solange warten. Im Beisein des Ministers und des Präsidenten der Oberpostdirektion fand dann eine Abstimmung statt, die mit 8 gegen 7 Stimmen für den Vorschlag des Ministers, bis Ostern im Amt zu bleiben, entschied. Vor der Abstimmung hatte der Minister erklärt, daß für den Fall einer Ablehnung seines Wunsches, die Postbeamten Berlins eben ohne Bezirksauschuss und damit ohne Interessenvertretung bei der Oberpostdirektion bleiben würden!

Trotzdem sich der Minister für die Erfüllung seines Wunsches feierlichst und schriftlich bedankte, hielten es verschiedene Verbände der Postbeamten doch für richtig, ihre Mitglieder aus dem Bezirksauschuss zurückzuziehen, so daß er beschluß- und arbeitsunfähig wurde. Die Ortsbeamtenausschüsse gingen nunmehr an die Neuwahl und ließen einen Wahlaufruf der Bezirkspostgewerkschaft auf den Verkehrsämtern aushängen. Das war dem Präsidenten Genüge denn doch zuviel. Er, der es als seine Hauptaufgabe ansieht, den herr-im-Hause-Standpunkt zu wahren, erließ alsbald eine Verfügung, in der wörtlich gesagt wird:

„Die Änderung dieser Bekanntmachung ist nicht zu dulden. Die Bezirkspostgewerkschaft Berlin wird nicht als die zuständige Stelle für die Ausschreibung von Neuwahlen für den Bezirksbeamtenausschuss angesehen.“

Leider sagte der Herr Präsident nicht, wer die zuständige Stelle sei. Vermutlich glaubte er, daß die Beamten dazu seiner allerhöchsten Genehmigung bedürfen. Nun, die Beamten haben sehr vernünftig gehandelt, sich an den Einspruch des Herrn Präsidenten nicht gekehrt und ihren neuen Bezirksauschuss gewählt. Doch damit hat die Tragikomödie noch nicht ihr Ende erreicht, und was nun folgt übersteigt alles bisher Dagewesene.

Als der neue Bezirksauschuss sich im Dienstgebäude der Oberpostdirektion versammelte, um seine Tätigkeit aufzunehmen, wurde ihm von dem Präsidenten die Ausnahme seiner Arbeiten verweigert. Ein Schreiben der Bezirkspostgewerkschaft an den Minister vom 18. Februar blieb unbeantwortet, und als

die Vorsitzenden der Bezirkspostgewerkschaft um eine Unterredung mit dem Präsidenten nachsuchten, ließ dieser ihnen sagen, daß er mit ihnen nicht verhandele!

Wir sind gespannt, zu erfahren, ob der Reichspostminister Giesberts, der ja selbst Gewerkschaftler ist, mit dieser an Verachtung grenzenden Behandlung der Gewerkschaftsführer einverstanden ist und die Benennung der Gewerkschaften bei der Regelung ihrer ureigensten Angelegenheiten so weiter zu treiben gedenkt. Der Reichstag aber sollte es sich angelegen sein lassen, die Arbeiten am Beamtenrätegesetz endlich zum Abschluß zu bringen — ehe es vielleicht unangenehme Ueber-raschungen gibt. Denn so gehen die Dinge wirklich nicht mehr weiter.

Freude fürs deutsche Herz.

Herr Helfferich hat gestern im Reichstag wieder einmal eine scharfe Rede gegen die Deutsche Volkspartei gehalten und über die Höhe der Bekümmertung geklagt. Wer aber glaubt, die volksparteiliche Presse werde diese Angriffe auf ihre Partei abwehren, der irrt sich. Die parteioffizielle „Zeit“ nennt Helfferichs Rede „eine Freude fürs deutsche Herz“, und besonders war es ihr „ein Labial“, wie der deutschnationale Redner dem Reichstanzler Dr. Wirth „an den Wagen fuhr“. Zwischen durch polemisiert sie auch gegen Helfferich, aber diese Polemik sieht so aus:

Helfferich tut so, als meine er allen Ernstes, es ließe sich heute schon ohne Mehrheitssozialisten eine tragbare Regierungsmehrheit finden. Er will nicht sehen, daß bei einem solchen Block weder die Demokraten noch der Wirth beherrschte Teil des Zentrums mittun würde, daß also in Wirklichkeit eine solche Mehrheit noch gar nicht zu schaffen ist. Des Redners Temperament und Wunsch eilen ebener garten Wirklichkeit weit voraus. Soweit sind wir noch nicht, vielleicht noch lange nicht. Viel leichter gehen die Demokraten und der heute entscheidende Teil des Zentrums noch mit den Unabhängigen als mit den Deutschnationalen. Es ist leider nun einmal so, das ganze Verhalten Wirths in diesen Tagen zeigt es, und das Verhalten der Radikalen, die Wirth wie ein rohes Ei behandeln, um alle But an Hermes auszulassen, lehrt es. Die Stellung der Deutschen Volkspartei war so die einzig praktikopolitisch mögliche. Es war das „kleinere“ Uebel, was auch Helfferich sagen muß.

Wir finden es von der volksparteilichen „Zeit“ sehr nett, daß sie aus ihrem deutschen Herzen keine Mördergrube macht. Nach ihrer Auffassung besteht die tatsächliche Aufgabe der Volkspartei darin, der Schrittmacher für eine bürgerliche Mehrheit zu sein, die mit den Deutschnationalen gegen die Sozialdemokratie regiert. Man wird es der Sozialdemokratie danach kaum übelnehmen können, wenn sie diesen Finanzkompromißbruder mit einiger Vorsicht genießt.

Frauen als Schöffen.

Im Rechtsausschuss des Reichstages wurde heute der Beschlussewurf über Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenennamt in zweiter Lesung angenommen. Bei § 36 wurde der Beschluß erster Lesung bestätigt, welcher Frauen, die zwei und mehr noch nicht schulpflichtige Kinder haben und glaubhaft machen, daß ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung dieses Amtes in besonderer Maße erschwert, die Ablehnung des Schöffennamtes freistellt.

Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Bei einer Debatte im Wiener Rathaus wurde erklärt, daß die Zahl der Arbeitslosen sich seit dem Januar dieses Jahres um das Dreifache vermehrt habe. Die Zahl der Erwerbslosen in Oesterreich betrage jetzt 90 000.

Der Konflikt in der englischen Metallindustrie. Ein Antrag der englischen Arbeitervertreter, die Regierung um Einleitung einer Untersuchung in Angelegenheit des Konflikts in der Metallindustrie durch einen unparteiischen Gerichtshof zu ersuchen, wurde vom Unterhaus mit 162 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Der Prüfungsunfug.

Augenblicklich schweigen wieder etliche tausend Abiturienten und ebenso viele Elternpaare, etliche Dugend Lehrerkollegen, Schulkollegen, Reimmachefrauen und Nachhilflehrer — Angst und Blut. Es gilt zu zeigen, was man gelernt hat. Die ganze Leerheit der alten bürgerlichen Bildungsarbeit gähnt einen an aus diesem sinniergeheimnisvollen „Abgangsprüfung“, durch den alles durch muß, was anstellungsfähig, erwerbsfähig, gesellschaftsfähig ins „Leben“ hinaustreten will. Hier ist das Maß, an dem ein jeder Volksgenosse auf seine geistige Wesenheit geprüft wird.

Bildet die Schule für das Leben? Für wen lernt der Quarianer seine Vokabeln? Welche Drohung peitscht den lernmüden Sekundaner vorwärts? Welches Gespenst schreiet durch sämtliche Oberlehrertrüme dieser hochheiligen Passionszeit? Nun, doch nur der Angigebanke: „Das brauchen wir für die Prüfung! Das wird verlangt!“ — Und so viele Tausende auch anders möchten: Das System zwingt sie zuletzt doch alle an das gleiche Ziel, — es muß gepaukt werden, nicht um der Erkenntnis, sondern um des Prüfungstempels willen. Ueber den Unwert des Prüfungswissens ist sich die pädagogische und die sonstige Öffentlichkeit einig. Unklar ist die Forderung: Staffelt die Prüfung! Bist die jungen Leute ihre Abgangsprüfung in den einzelnen Fächern machen, wenn sie sich der Sache gewachsen fühlen. Gebt ihnen in den letzten beiden Jahren sechsmal oder achtmal Gelegenheit, dies oder jenes Fach abzuschließen. Ist's denn nicht völlig gleichgültig, ob ich mein Prüfungswissen mit 17 Jahren aufweise oder ob ich's erst mit 18 oder 19 — vergessen habe?

Unklar ist die Forderung. Aber was geschieht? Nichts! Der bürgerlich angekerbelte Mechanismus des höheren Schulwesens erträgt solche Mehrbelastung nicht. Und zu einem großzügigen Neuanfang fehlt weniger das Geld als die Courage, um es einmal deutlich auszusprechen.

Beispiele werden verlangt? Man sehe sich nur eine der Vorbereitungsanstalten an, die das „Einjährige“ verschaffen: Die Art, wie dort gepaukt und getrimmt wird, ist nichts als eine verzerrte Abspiegelung des Drills in den entsprechenden Klassen der höheren Schulen. — Und dort? Einer fragt: „Ach, Herr Kollege, Ihre Jungen interessieren sich so sehr für die Zeitung, Pressepolitik u. dgl., hätten Sie nicht mal Zeit, ihnen etwas Geschichtliches darüber?“ — „O, außerordentlich gern! Aber nein, ich muß ja noch bis zu Karl dem Großen kommen, und ich bin noch so weit zurück, und das wird verlangt, wissen Sie —“

Man greift sich an den Kopf und fragt sich: Und dieses ganze Riesenaufgebot an Menschen, Kräften, Unterrichtsstunden bloß in Bewegung gesetzt um eines Dogmas, eines Aberglaubens willen, den niemand mehr ernst nimmt? — Und der Sozialist wird sich weiter fragen: Soll ich meinen Jungen oder mein Mädel wirklich

diesem Schicksal ausliefern? Soll ich ihm die schönsten, reichsten und wertvollsten Entwicklungsjahre vergiften? Kann sich seine mathematische oder sprachliche Begabung nicht vielleicht auch anderswo entfalten? Ausflieg begabter Volksschulkind — dahinauf? in diese mit jahrhundertalter Tradition belastete Schule? Ist für unsere Proletarierjugend, die sich zwischen 14 und 18 noch frei von Berufspflichten eine eigene Jugendkultur schaffen und dem Geist, nicht dem Gelde dienen will, ist für die nicht vielleicht doch die Gemainschaftsschule die Bildungstätte? So wie es Verthold Otto uns hier in Berlin seit 20 Jahren vorgemacht hat, so wird sich dann in freien Schulgemeinden ein reiches, frohes Leben entfalten — ohne die Examenspeitsche ein starkes, begeistertes, freudiges Schaffen aus eigener Bestimmung und vor eigener Verantwortung.

Die Alten und die Jungen in der Akademie. Infolge des Konfliktes, der bei der letzten Mitgliederversammlung in der Konfession der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder in der Berliner Akademie der Künste ausbrach, hat die Ausstellungskommission der Akademie ihre Ämter teilweise niedergelegt. Der Kommission gehörten unter dem Vorsitz des Akademiepräsidenten Max Liebermann der erste ständige Sekretär der Akademie Prof. Amersdorffer und als Künstlermitglieder an: Ludwig Demm, Otto S. Engel, Franz Eichhorn, Philipp Frank, Arthur Kampf, Fritz Klimsch, Käthe Kollwitz, Hugo Lederer, Hans Leechen, Max Slevogt und Konstantin Staud. Die Kommission bereitete eine große Frühjahrsausstellung von Werken der Malerei und Bildhauerkunst vor, die Ende April eröffnet werden sollte. Hoffentlich fällt dieser Plan infolge des Konfliktes nicht ganz ins Wasser. Denn es ist anzunehmen, daß der Kurator der Akademie, der Kultusminister, durch sein Eingreifen eine Neuwahl ermöglicht und daß dann die Ablehnung der Wahlvorschlüsse der „Jungen“ sich nicht wiederholt. Wenn aber die „Alten“ nicht wollen, so sollte man sie hübsch unter sich lassen, und mit dem Blunder der Akademie dann keine überflüssigen Erneuerungsversuche mehr anstellen.

Unzerbrechliche Brillengläser? Die ausführlichen Nachrichten über die Erfindung einer neuen Hartglases, das Temperaturunterschiede bis zu 400 Grad erträgt und eine praktisch fast unbegrenzte Bruchfestigkeit besitzt, haben lebhaftes Aufsehen erregt. Merkwürdige Zukunftsaussichten erschließen sich hier. Während sich ihnen aber z. B. unsere Hausfrauen hingeben dürfen, ohne befürchten zu müssen, daß sie zu schwer enttäuscht werden, geht die „Deutsche Optische Wochenchrift“ Wasser in den Wein der Begeisterung, indem sie betont, daß etwaige Hoffnungen der Träger von Augengläsern durch die neue Erfindung, das „Silleglas“, nicht erfüllt werden dürften. Das Zerbrechen von Brillen und Kneifern wird auch weiter zu den Ergebnissen gehören, in denen sich die „Lücke des Objekts“ gegen den Menschen entläßt. Das „Silleglas“ kann nämlich, eben wegen seiner außergewöhnlichen Härte mit den härtesten Karborundschleifsteinen nicht bearbeitet werden, da die Gläser die Steine, aber nicht die Steine die Gläser angreifen. Sogar das Schneiden des Silleglases mit dem Diamanten bereitet große Schwierigkeiten. Dasselbe ist vom Bohren zu sagen. Nach dem heutigen Stande der Schleifsteintechnik erscheint es ausgeschlossen, das Silleglas zu opti-

schen Linsen zu verarbeiten, denn es existiert keine Schleifschale, wenigstens keine, die außerhalb des Laboratoriums brauchbar wäre, die an Härte die Härte des Silleglases übertrifft. Damit bleibt das unzerbrechliche Brillenglas ein schöner Traum. Die praktische Verwendung des Silleglases beschränkt sich danach also zur Zeit auf Gegenstände, die durch Blasen oder Pressen hergestellt werden können, wie Küchen- und Wirtschaftsgeräte, Laboratoriumsgegenstände usw.

Leuchtflur für Flieger. Eine seltsame Maschinerie ist jetzt auf dem englischen Flugplatz Cranbury zu sehen. Sie gleicht einem riesenhaften Insekt und besteht aus einem windmühlenartigen, weichegestrichenen Apparat mit zwei Armen oder Flügeln und einem runden, mit einer hölzernen Verlehenen Kopf; das Ganze ist auf einem hölzernen Unterbau montiert. In die Höhlung des Kopfes wird eine 27 000 Kerzen starke Lampe eingebaut, die aus den drei „Augen“ ihre Strahlen auf die weißen Flügel wirft. Der Apparat ist nach Besichtigungen des Luftministeriums ausgeführt worden und soll dazu dienen, Flieger, die zu einer Rollstunde gezwungen sind, zu orientieren. Wenn der Wind die beleuchteten Schwingen bewegt, soll der Apparat bei der Nacht von den Fliegern in Entfernungen bis zu 20 Kilometern wahrgenommen werden.

Ein Bebauungsplan für Potsdam. Der Potsdamer Kreisrat hat zur Herstellung eines Gesamtbauungsplanes für das Gebiet der Stadt und die Umgebung, der den neuzeitlichen Anforderungen des Städtebaues und Siedlungswesens entspricht, Prof. Hermann Janke von der Berliner Technischen Hochschule gewonnen. Janke hat sich bereit erklärt, in einem Zeitraum von zwei Jahren die für den Gesamtbauungsplan erforderlichen Arbeiten durchzuführen. Die Wahl dieses Stadtbauamtsleiters sichert Potsdam gewiß vor weiteren Gefährdungen seiner alten stadtbaukünstlerischen Schönheiten und die Havelufer vor Entstellungen.

Kabellmeister Wilhelm Furtwängler hat einen Ruf als Kapellmeister nach Zürich in der Leitung der Leipziger Gewandhaus- und Berliner Philharmonischen Konzerte erhalten und die Straßburger am Erhebung von der Leitung ihrer Sinfoniekonzerne geteilt. Die Leitung des Bestandes ist ausgelastet. Die Konzerte der lausener Sinfonie werden noch von Furtwängler dirigiert.

Bei der Uraufführung von Paul Gault's „Verleumdung“, die als 3. literarische Sonderveranstaltung des Vereins Volkshäuser am Sonntag, den 26. März mittags 11½ Uhr im Neuen Volkstheater stattfindet, wird Paul Gault's Regie führen.

Für das Hochhaus für die Reichsbehörden, dessen Planung neulich im Hauptsaal des Reichstages gemäß einem Antrag des früheren Innenministers Koch einstimmig gebilligt wurde, ist die Wahl des Baues noch nicht erfolgt. Neben dem Bauplan kommen der „Bauplan“ zufolge noch mehrere andere Baupläne in Frage. Der Innenminister Dr. Koster erklärte, daß die Frage von Sachleuten geprüft werde und daß diese Arbeiten beschleunigt werden sollen.

Ginsein in Paris. Die der „Lands“ mittelst, wird Professor Ginsein aus Berlin im Volle der France Ende des Monats eine Reihe von Vorträgen halten. Der bekannte Pianist wird in der Akademie der Wissenschaften einen Kommentar zu den Vorträgen geben. Der „Lands“ nennt Ginsein einen Schweizer Kathen altler, natürlich ein Hoch dürfte in Paris nicht auftreten. Immerhin ist dieser Schweizer Professor an erster deutscher Universität.

Zenin für praktische Arbeit.

Wir berichteten kürzlich über die Rede Zenins auf dem Metallarbeiterkongress. Nach dem ersten, dürftigen Auszug war der Hauptinhalt der Rede der, daß Lenin persönlich nach Genua gehen werde und daß er die Konferenz lediglich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachte. Es sei nun einmal notwendig, mit den kapitalistischen Ländern Handel zu treiben und aus dieser Notwendigkeit müsse man seine Konsequenzen ziehen. Dabei könne er betonen, daß der Rückzug, den das kommunistische Russland angetreten habe, bereits beendet sei.

Wie nunmehr bekannt wird, enthielt die Rede Zenins noch einen zweiten Teil, der sich im wesentlichen an seine Parteifreunde selbst wandte und in dem er ihnen sehr unangenehme Wahrheiten sagte. Es war im großen und ganzen eine Abkehr von der bisherigen Parteipolitik, die unfähig sei, positive Arbeit zu leisten. Nach einem vorliegenden Bericht sagte er u. a.:

„Wir müssen die Regierungsmaschine so gestalten, daß an der Spitze wichtiger Ämter nicht Männer stehen, die auf diesem Gebiet nichts verstehen. Unsere Kommunisten sind ja lauter prächtige Kerle, aber für die praktische Arbeit taugen sie nicht. In der Theorie ist bei uns alles so vorzüglich, daß der plündernde Deutsche daran seine Freude haben müßte, aber in der Praxis geht alles drunter und drüber, und niemand weiß, wofür er eigentlich verantwortlich ist. Wir haben zwar eine große Reinigung der Ämter durchgeführt. Hunderttausende von Lumpen, Dieben und Faulenzern haben wir zum Teufel gejagt. Das war gut, aber das genügt noch lange nicht. Hunderttausende müssen noch dasselbe Schicksal erleiden. Wir brauchen ausschließlich Leute, die wirklich was leisten können und wollen. Unser gefährlichster Feind ist heute der kommunistische Redner, der auf wichtiger und verantwortungsvoller Verwaltungsstelle sitzt. Von diesem Feinde müssen wir uns und den Staat befreien. Die große bevorstehende Reinigung gilt den Parteiführern, die sich auch für Administratoren halten. Das sind die großen Propagandisten und Agitatoren, die zwar Alles niedergeschrieben verstanden, aber unfähig sind, Neues an seine Stelle zu setzen. Ihr ganzes Tagewort besteht in der Erfindung von neuen und immer schöneren Theorien. Die Kleinarbeit des Alltags interessiert sie nicht, ist ihnen zu lästig und beschwerlich.“

Die Schärfe, mit der Lenin von den Führern der kommunistischen Partei spricht, läßt darauf schließen, daß er innerlich mit ihnen fertig ist und daß er sie gern abschütteln möchte. Um so verfehlter wäre es, wenn man in Genua nicht über die russische Frage sprechen sollte.

Geheimrat Dr. G. Kiemperer, Direktor der Inneren Abteilung des Städtischen Krankenhauses Moabit, ist, wie W.B. mitteilt, zur ärztlichen Beratung von Lenin nach Moskau berufen worden.

Reichswirtschaftsrat und Reichstag.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beendete heute vormittag die Beratung des Voranschlags zu dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Dabei wurde verschiedentlich der Wunsch ausgesprochen, an Stelle des heute herrschenden Provisoriums bald ein Definitivum zu schaffen. Insbesondere der Volksparteiler D. u. a. h. lobte die „hohe Sachlichkeit“ der Arbeit des Reichswirtschaftsrats, sah aber einen Fehler darin, daß er mehr und mehr in das politische Getriebe hineingerate. Für einen Fehler hält er auch seine zentrale Aufgabe. Er bedauerte lebhaft, daß die Bezirkswirtschaftsräte noch nicht geschaffen wurden und kritisierte schließlich den preussischen Handelsminister, der der reichsgerichtlichen Regelung vorgegriffen habe. Der Demokrat Dr. Bachnick bemängelte insbesondere die Größe und den Umfang des Reichswirtschaftsrats.

Genosse Wissell betonte demgegenüber, daß die Vergrößerung des Reichswirtschaftsrats nur Schuld des Reichstages und des Reichsrates sei. Man habe dem Drängen vieler Gruppen, in den Reichswirtschaftsrat zu kommen, nicht den genügenden Widerstand entgegengekehrt. Allgemein dürfe der Reichswirtschaftsrat nicht hinter den Reichsrat zurückgesetzt werden.

Der Deutschnationale Hammer lobte die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats, hält seine Stärke von 318 Köpfen für zu hoch und sprach im übrigen den Wunsch aus, Arbeiterkammern statt der Bezirkswirtschaftsräte einzusetzen.

Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hob hervor, daß an der tatsächlichen Einheitlichkeit des Reichswirtschaftsrats nach Ansicht der Regierung festgehalten werden muß. Die Frage des Unterbaues des endgültigen Reichswirtschaftsrats müsse nach eingehend geprüft werden. Ein Weg dazu sei, die vorhandenen Kammern des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft paritätisch zusammenzuführen. Wenn sich das nicht erreichen läßt, müssen Arbeiterkammern geschaffen werden. Vorläufig müsse man sich mit dem bestehenden Provisorium noch eine Zeit behelfen. Aufhäuser (U. Soz.) möchte ein Zusammenarbeiten zwischen Reichstag und Reichswirtschaftsrat. Wirtschaftsräte der Gliedstaaten dürften ebenfalls entstehen, wie die von Elmin angeführten Wirtschaftsprovinzen. Der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats v. Braun (Dnol.) wies auf die Sparlichkeit in der Haushaltsaufstellung hin, die insgesamt einen Aufwand von 22 888 160 M. erfordert, wovon 8 100 000 M. auf Fahrtentschädigung entfallen.

Danach wird Titel 1 nach dem Voranschlag, ebenso wie die übrigen Titel bewilligt. Anträge auf Beamtengruppierungen werden dem Beamtenschausschuß überlesen.

Wiedfeldt Vorkäufer in Washington. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die deutsche Regierung davon verständigt, daß ihr die Ernennung von Dr. Wiedfeldt zum deutschen Botschafter in Washington genehmigt sei.

Ein Handelsabkommen ist in Warschau zwischen Polen und den baltischen Staaten abgeschlossen worden. Es betrifft die gegenseitige Anerkennung der mit Russland abgeschlossenen Verträge, sowie der administrativen und wirtschaftlichen Abmachungen, welche in der nächsten Zeit zwischen diesen Staaten abgeschlossen werden. Der Vertrag verpflichtet die angetretenen vier Staaten, keine Verträge abzuschließen, die gegen irgendwelche der Kontrahenten gerichtet sind, weiter „löst“ er die Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten und verpflichtet die Staaten zu wohlwollender Neutralität im Falle eines nicht propagierten Angriffs gegen einen der Kontrahenten.

Ein lebendbürglicher Protest. Der Abgeordnete der Liebenburgischen Nationalpartei Manig hat an den König von Rumänien ein Telegramm gerichtet, in dem er gegen die Regierung wegen des Terrors während der Wahlen und wegen der zahlreichen Wahlmissbräuche auf das lebhafteste protestiert und erklärt, daß die Rumänen in Siebenbürgen geglaubt haben, daß der Wahlsieg ein nationaler Präsidentenwahltag sein werde. Inzwischen sei aber der Wahlsieg zu einem Tag der nationalen Schande und eines europäischen Skandals geworden. Der genannte Abgeordnete erklärte, daß die Rumänen in Siebenbürgen die moralische Sühne für das neuwählten Parlaments nicht anerkennen und darüber nach Beschlüssen fassen werden, ob sie überhaupt in die rumänische Kammer einzuziehen sollen.

Die Wohnungsnot des „möblierten Herrn“.

Wer hat für Studenten geeignete Zimmer?

Die „möblierten Herren“, wie man in Berlin scherzhaft die auf Mietung möblierter Zimmer angewiesenen jungen und auch alten Männer zu nennen pflegt, sind jetzt besonders schlimm daran. Infolge des allgemeinen Wohnungsmangels und zugleich der fortgesetzten Verteuerung von Möbeln, Betten, Wäsche usw. haben viele Zimmervermietenden ihre Preise so gesteigert, daß der quartierjuchende „möblierte Herr“ entsetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlägt. Es ist richtig, daß für Möbelabnutzung, Wäschereinigung usw. heute ein sehr viel höherer Betrag als früher in Rechnung gestellt werden muß, der dann den Zimmerpreis entsprechend verteuert. Aber bei manchen der uns mitgeteilten Preise für ganz beschickte eingerichtete Zimmer in keineswegs „vornehmen“ Stadtteilen können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß unter Ausbeutung einer Notlage unverschämter Wucher getrieben wird.

Sehr hart trifft diese Zimmerverteilung die nach Berlin kommenden Studenten, die natürlich noch keinen Erwerb haben und einseitig aus der Tasche ihrer oft selber von Sorgen bedrückten Eltern leben müssen. Das an der Universität Berlin bestehende Akademische Wohnungsamt (Universitätsgebäude, Zimmer 26), das einen Zimmernachweis hat, ist nach Kräften bemüht, die Wohnungsnot der Studenten zu lindern und ihnen Unterkunft zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen. Aber in letzter Zeit sind die Zimmerpreise in so raschen und großen Sprüngen gestiegen, daß man im Akademischen Wohnungsamt sich verzweifelt fragt, wie bei dem bevorstehenden Beginn des Sommersemesters den bedrängten Studenten geholfen werden soll. Dem Akademischen Wohnungsamt fällt auf, daß immer häufiger bei Meldung freigewordener Zimmer die Angabe gemacht wird, erwünscht sei ein Ausländer. Reist sind dann auch die Zimmerpreise angepaßt der Kaufkraft von Ausländern, denen die Entwertung unserer deutschen Mark gestattet, solche Beträge gleichmäßig zu zahlen. So mancher Student hat im ganzen Monat nicht so viel Einnahmen, wie da mitunter für ein möbliertes Zimmer verlangt wird. Wiederholt ist uns auch von anderen Alleinwohnenden, die auf die Zimmerverteilung gehen mußten, aus ihren Erfahrungen mitgeteilt worden, daß vielen Zimmervermietenden jetzt der Ausländer als das Ideal eines „möblierten Herrn“ vorzöge.

Wir können die Bitte des Akademischen Wohnungsamts, Studenten zu angemessenem Preis in Quartier zu nehmen, nur unterstützen. Selbstverständlich eignet sich nicht jedes in irgendeiner Wohnung entbehrliche Zimmer dazu, als „Studentenbude“ zu dienen. Gefordert werden soll ja nicht für studentische Sauf- und Raufbolde, die schließlich nur eine Schlafstelle brauchen, sondern für wirkliche Studierende. Erwünscht sind also Zimmer, die ein ungestörtes Studium ermöglichen. Uebrigens sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß unter dem Druck der Verteuerung die Mäßiggänger in den Reihen der Berliner Studenten seltener als je geworden sind. Was jetzt nach Berlin kommt und die Universität bezieht, das sind zum allergrößten Teil junge Leute, die sich ersten Studien widmen wollen. Die Zeiten sind vorbei, wo in Berlin bei den Zimmervermietenden die Studenten als „möblierte Herren“ gefürchtet waren.

Großfeuer am Nonnendamm.

Am Nonnendamm (Siemensstadt) kam heute früh um 7 Uhr in einem Materialschuppen der Kerkensfabrik von U. Notard u. Co., Stearin- und chemische Werte, ein Großfeuer zum Ausbruch und verursachte einen noch nicht zu überschätzenden Schaden. Der umfangreiche Schuppen mit seinem wertvollen Inhalt an großen Vorräten, besonders Ölen und Fetten usw., gab den Flammen reiche Nahrung. Die Spandauer und die Fabrikfeuerwehren von Siemensstadt griffen mit 3 B- und 3 C-Rohren von Motorspritzen wirksam an. Gegen 9 Uhr hatten sie das Feuer vollständig in der Gewalt; langsam gingen die Flammen zurück. Die Wehren werden heute noch bis gegen Abend zu tun haben. Der Betrieb der Fabrik an der Nonnendamallee und Sternfelder Straße wird aufrechterhalten. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

Der Pfarrer als Doppelwohner.

Ueberraschung in der Charlottenburger Bezirksversammlung. Vor einiger Zeit teilten wir mit, daß der Oberpfarrer Richter in Charlottenburg außer seiner 9-Zimmerwohnung in der Carmerstraße noch eine 3-Zimmerwohnung im Kaiser-Friedrich-Andenken in der Guerickestraße besitze. Durch eine Indiskretion des demokratischen Bezirksverordneten Vollmann, der Vorsitzender der Beschwerdekommision am Charlottenburger Wohnungsamt ist, wurde vor einigen Wochen die Tatsache, daß der Oberpfarrer Richter zwei Wohnungen besitzt, der Öffentlichkeit bekannt.

In der Charlottenburger Bezirksversammlung am 22. Februar d. J. hatte die vereinigte bürgerliche Fraktion, bestehend aus Volksparteiler und Demokraten, deren Mitglied Oberpfarrer Richter ist, angefragt: „Wie steht das Bezirksamt zu der von dem Vorsitzenden der Beschwerdekommision beantragten Indiskretion und was bedeutet es zu tun, um solche Vorkommnisse für die Zukunft auszuschalten.“ Zur großen Ueberraschung aller anderen Parteien ließen sie die Anfrage plötzlich fallen. Die SPD-Fraktion stellte sie sofort wieder von neuem und so kam es endlich zur Beantwortung und Besprechung der Anfrage. Die durch den Vorsitzenden der Beschwerdekommision beantragene Indiskretion wurde bedauert, aber gleichzeitig auch anerkannt, daß es dadurch möglich gewesen ist, das Verhalten des Herrn Oberpfarrers Richter zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen. Stellvertretender Bürgermeister Genosse Hirsch teilte mit, daß die Beschlagnahme der Wohnung in der Guerickestraße verfügt worden sei. Oberpfarrer Richter hat die Entscheidung des Einlassungsamtes anzuerkennen. Am 6. März war Termin angesetzt. Es konnte aber nicht verhandelt werden, da der Herr Oberpfarrer außerdem noch die Entscheidung des Reinerespräsidenten anerkennen hat.

Das ganze Verhalten des Pfarrers in dieser Angelegenheit und die Gründe, wozu er in der Bezirksversammlung anwesend sein Verbots zu rechtfertigen suchte, zeigte recht drastisch, wie die Christenpflicht und Nächstenliebe von diesem Diener der Kirche ausgefaßt werden.

Wie man „Butter“ macht!

Eine seltsame Art der „Butterbereitung“ hatte ein Schwindler erfunden, der in allen Stadtteilen Berlin sein Unwesen trieb. Er bot Butter in Fässern zu 50 Pfund an. Die Geschäftleute kauften auch gern, weil die Probe, die sie an einer bestimmten Stelle dem Fasse entnehmen, gut aussah und der Preis angemessen erschien. Wenn sie aber ihr Fass geöffnet hatten, so mußten sie zu ihrem Leidwesen feststellen, daß es nur an der zur Probenentnahme bestimmten Stelle eine dünne Schicht Butter enthielt, im übrigen aber mit Erde, Sand und dgl. gefüllt war. Lange Zeit wollte es nicht anfangen, diesen Schwindler zu fassen. Gekannt überredete ihn ein Betrüger im Hebelpark in Charlottenburg, als er gerade dabei war, ein Fass mit Erde zu füllen. Eins hatte er bereits zum Verkauf fertiggemacht und auf einem geliehenen Handwagen stehen. Auf dem Wagen lag auch noch

ein Stück Butter, das er zur Fertigstellung des zweiten Fasses noch brauchte. Der Betrüger, der den Schwindler wiedererkannte und seine Vorbereitungen für einen neuen Buttezug beobachtete, benachrichtigte rasch die Polizei und diese nahm ihn fest. Der Verhaftete wurde festgesetzt als ein Arbeiter Hans Meyer aus der Luisenstraße 45. Die Kriminalpolizei führte ihn dem Untersuchungsrichter vor.

Erhöhung der städtischen Bücher-Verleihgebühren.

Die Verteuerung der neuen und alten Bücher und besonders die ständig in die Höhe gehenden Buchbinderpreise, die zurzeit das 21fache des Friedenspreises erreicht haben, zwingen die Stadtverwaltung, die Benutzer der städtischen Bibliotheken mehr als bisher zu den Kosten des Bucherwerbs heranzuziehen. Jugendbüchereien sollen aber nach wie vor unentgeltlich verliehen werden und auch die Kinderlesehallen bei freiem Eintritt geöffnet bleiben. Der Preis der Jahres-Verleihsarten für die Stadtbüchereien Berlin, Charlottenburg, Neutölln, Schöneberg, Spandau und Steglitz wird von 10 auf 20 M. erhöht; der Betrag kann auch in vierteljährlichen Raten gezahlt werden. Für den Besuch des Lesesaals der Berliner Stadtbibliothek werden jährlich 5 M., halbjährlich 3 M. (bisher insgesamt 2 M.) erhoben. Am schärfsten ist die Erhöhung für die Bücherzettel, deren Preis für alle 20 Verwaltungsbezirke von 10 auf 50 Pf. für das Stück erhöht werden soll.

Unfug der Kleingeldhamsterei.

Durch gesteigerte Ausprägungen der Münzstätten ist es gelungen, den Kleingeldmangel nahezu zu beheben; denn es entfallen nach dem jetzigen Stande der Münzprägung und auf den Kopf der Bevölkerung 10 Stück 50-Pf., 20 Stück 10-Pf. und 22 Stück 5-Pf.-Stücke. Wenn sich gleichwohl hier und da noch ein Mangel an kleinen Münzen bemerkbar macht, so ist das auf die bedauerliche Gepflogenheit einiger Teile der Bevölkerung zurückzuführen, Kleingeld zu hamstern. Die Zwecklosigkeit dieses Hamsterns von Kleingeld steht aber außer allem Zweifel; denn jeder sollte wissen, daß sowohl das 5-, wie das 10-, wie das 50-Pf.-Stück viel weniger Materialwert besitzt, als dem Nennwert entspricht. Um so mehr muß es wundernehmen, daß unsinnige Gerüchte glauben finden, monach 50-Pf.-Stücke mit gewissen Mengenätzen außer dem unedlen Aluminium Platin enthalten sollen. Wer Münzen auf Grund solcher Gerüchte zu einem höheren Preise als dem Nominalwert erwirbt, schädigt sich selbst und trägt obendrein dazu bei, den Erfolg der Bemühungen der Regierung zu vereiteln, die auf möglichste Behebung des Kleingeldmangels gerichtet sind.

Umorganisation der Richterfelder Anstalt.

Offenbar um dem auch von uns an anderer Stelle wiedergegebenen Gedanken an einen Abbau der Richterfelder Bildungsanstalt mit anderen Mitteln zu begegnen, ist der mit der kommissarischen Leitung der staatlichen Bildungsanstalt in Richterfelde betraute Geh. Studienrat Dr. Hartung seines Amtes enthoben worden. Ein Nachfolger wird erst später ernannt werden. Einstweilen werden voraussichtlich die Geschäfte von einem Hilfsarbeiter im Ministerium übernommen werden. Darüber hinaus wird eine Umorganisation in der staatlichen Bildungsanstalt geplant, u. a. werden voraussichtlich die Hausdamen dort entfernt werden.

Von einer Lausche erschlagen wurde gestern am Potsdamer Platz der Arbeiter Paul Reimann aus der Lullensstraße 21 zu Oberschöneweide, der dort bei der Akkumulatorenfabrik beschäftigt war. Beim Aufstellen eines Oberastes stürzte die Lausche herab und traf Reimann so schwer, daß er schon auf dem Wege nach der Rettungstelle starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht. Die Untersuchung über ein etwaiges Verschulden ist eingeleitet.

Vollständige Führungen im Botanischen Garten, Dahlem, werden auch in diesem Sommer durch wissenschaftliche Beamte des Instituts veranstaltet. Dem Liebhaber der Pflanzenwelt wird hierdurch Gelegenheit geboten, sich nicht nur an der Schönheit und Eigenart der reichen Bestände zu erfreuen, sondern auch einen Ueberblick über die wissenschaftlichen und praktischen Ziele des Gartens zu gewinnen. Die Führungen finden in 4 Reihen monatlich einmal von April bis September nach Wahl Montags oder Dienstags von 5½ bis 7 Uhr statt. Beginn der Führungen am 3., 4., 10. und 11. April. Eintrittskarten für eine Führungreihe sind zum Preise von 10 Mark (inkl. Eintrittsgeld für den Garten) erhältlich bei den Pförtern des Botanischen Gartens. Kinder unter 14 Jahren können nicht zugelassen werden.

In einer öffentlichen Volksversammlung in Mariendorf sprach Reichstagsabgeordneter Gen. Horst-Hannover über Steuerpolitik und Sozialdemokratie. In fesselnder Weise verstand es der Referent, den Versammlungsbesuchern klarzumachen, aus welchen Gründen die Sozialdemokratie dem Steuerkompromiß die Zustimmung erteilen muß. Die polemischen Ausführungen eines Unabkömmigen und eines Kommunisten konnten in der Diskussion leicht widerlegt werden.

Die Frankfurter für den 13. Bezirk (Zempelhof) findet am Sonntag, 26. März, vormittags 10 Uhr, im Festsaal des Gymnasiums Mariendorf, Kaiserstr. 21, statt. Die Rednerliste hält Genosse Lehner, Wilm. Koberger, Wilm. mit: Regelmüller, Pab. (Cnpl.), Konradt, Wilm. (Cnpl.) und der Rednergehilfen Tengel, Wilm. (Cnpl.). Eintrittspreis beträgt 2 M.

„Festveranstaltungen und Kleinabende“. Mittwoch den 22. März, abends 7½ Uhr, veranstaltet das Kleinrentenamt des Vermittlungsbezirks Zempelhof wieder einen Vortrag über volkswirtschaftlichen und Kleinrentenabende. Der Vortrag findet diesmal nicht im Volkshaus, sondern in der Aula der Charitéklinik an Mariendorf, Kaiserstr. 21, statt. Vortragender ist der Charitéklinik des „Kleinrenten“. Das 11. u. 12. Neutölln. Das Thema lautet: Leubengartenstetten und Kleinrentenabende. Der Eintritt ist frei.

Märkische Vorträge. Reinhold und Hans-Joel, eine mit plötzlichen Landstreichern und schweren Neurosen ausgehaltete Kontraband von Oscar Volz, gelesen am Sonntag den 26. März, abends 7 Uhr, im Saale des Kunstvereins, Prinz-Albrecht-Straße 7, zum Vortrag. Karten zu 5 und 6 Mark an den Kassierern Barthel, Volz u. Volz und der Oberkassa.

Der „Fak Nicolai“ wird, wie Prof. Nicolai nach Karlsruhe geht, noch einmal in einem Vortragabend der „Deutschen Liga für Reichswirtschaft“ (Band Neues Vaterland) am Mittwoch, 1/4 Uhr, am 13. (Sonnabend), behandelt werden. Referent des Referats Dr. G. H. Erlich, Dr. Hans-Joel und Dr. G. H. Schreiber wird auch Prof. Nicolai selbst voraussichtlich das Wort nehmen, zumal einige der von ihm angeführten Senatoren der Universität erscheinen werden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Vielwolke, aber jedoch unbedeutend bei mäßigen nordöstlichen Winden, etwas kühlerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur. Geringe Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

11½ Uhr, Montag, 21. März, 7 Uhr, öffentliche Versammlung in der Schulstraße 13, Thema: „Das Reichswirtschaftsamt und die Sozialdemokratie.“ 2. Diskussion. 3. Verlesung des Beschlusses.

6 Uhr, Mittwoch, den 22. März, 7½ Uhr, Jubiläum in den bekannten Lokalen. 10 Uhr, Charlottenburg: Mittwoch, den 22. März, 7½ Uhr, bei Frau Volz, Str. 6, Frauenabend (nicht zahlend). Thema: „Meine Gräfin im Orient.“ Ref.: Heinrich Bierhöfer.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Allgem. Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereinigung zu Hamburg (V. u. G.), Mitgliederversammlung Sonntag, 26. März, vormittags 10 Uhr, bei Meyer, Adenstraße 13A. Stellungnahme zur Generalversammlung.

Gewerkschaftsbewegung

Aufbau des Baugewerksbundes.

Die Widerstände, die der Verschmelzung der baugewerblichen Berufsverbände mit dem Deutschen Bauarbeiterverband zu einem Baugewerksbund entgegenstehen, haben sich als zu stark erwiesen, um in absehbarer Zeit überwunden zu werden. Der Deutsche Bauarbeiterverband hat deswegen seine Absicht nicht aufgegeben. Die Verhältnisse, die zu einer engeren Verbindung führen, sind zwingender Natur. Verbände, die seit Jahrzehnten mit dem Bauarbeiterverband bei jeder Bewegung hand in Hand arbeiten, wie der Zimmererverband, und dies auch weiterhin tun werden, wenn nicht gar müssen, können sich nicht oder doch nur sehr schwer dazu entschließen, ihre Selbständigkeit preiszugeben. Man hat daher den Plan der direkten Verschmelzung, die schließlich doch einmal kommen wird, fallen lassen und beschränkt sich auf eine Verbindung der einzelnen Verbände zu einem besonderen Bund.

Diese Anpassungen an die Dinge ist schließlich geeignet, eher und leichter zum Ziel zu kommen: dem Deutschen Baugewerksbund. „Der Grundstein“ berichtet in seiner neuesten Ausgabe über die Vorschläge hierzu. Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes hat einen neuen Satzungsentwurf ausgearbeitet, dessen § 3 den Kern des zu schaffenden Bundes darstellt:

„Der Baugewerksbund gliedert sich in Berufsverbände (Reichs- und Landesgruppen), Bezirksverbände, Vereine, Bezirksstellen und Vereinigungen. Die Vereine führen den Namen „Baugewerkschaft“, ihre Tätigkeitsfelder kann sich über mehrere Städte erstrecken.“

Reichsgruppen können gebildet werden, wo mindestens 10 Angehörige eines Berufes vorhanden sind. Sie sollen die besonderen Berufsangelegenheiten ihrer Mitglieder im Einvernehmen und gemeinsam mit dem Vorstand des Baugewerksbundes vertreten, insbesondere die Lohn- und Arbeitsbedingungen festlegen und überwachen. Ein Zwang zur Errichtung solcher Reichsgruppen soll nicht ausgeübt werden, doch wird sie aus verschiedenen Zweckmäßigkeitsgründen heraus empfohlen. Die Reichsgruppen sollen nur die besonderen Angelegenheiten ihres Berufes behandeln.

Jeder einzelnen Reichsgruppe ist in der Leitung des Bundes der entsprechende Einfluß zu sichern. Jeder Berufsverband mit mindestens 10000 Mitgliedern soll innerhalb des Bundesvorstandes von einem geschäftsführenden Obmann geleitet werden, während die Verbände mit geringerer Mitgliederzahl durch ihren Obmann im Bundesrat vertreten sind.

Die jetzigen Gauen oder Bezirke der heutigen Berufsverbände sollen in Zukunft einheitliche Bezirksverbände bilden, mit je einem beiderseitigen Geschäftsführer an der Spitze. Die Bezirksverbände sollen mindestens alle zwei Jahre Bezirksversammlungen abhalten, auf denen die Reichsgruppen der einzelnen Baugewerkschaften vertreten sein sollen. Damit die Reichsgruppen hier zur Geltung kommen, kann jede Reichsgruppe mit mindestens 30 Mitgliedern einen Vertreter wählen, während ein zweiter Vertreter erst bei 500, ein dritter bei 800, ein vierter bei 1500 Mitgliedern zu wählen ist und auf jedes weitere Tausend ein weiterer Vertreter.

Die Verbandstage der einzelnen Berufsverbände, die Reichsgruppenversammlungen des Bundes und die einzelnen Bundesversammlungen sollen alle zwei Jahre am gleichen Orte abgehalten und miteinander verbunden werden. Erstere sollen den Bundesstagen zeitlich vorausgehen und vorwiegend die eigenen Berufsfragen erledigen; davon aussehend aber auch die Angelegenheiten des gesamten Bundes. Sie sollen zu den Bundesanträgen Stellung nehmen und diesem selbst Anregungen geben. Der Bundesstag entscheidet über alle gemeinsamen Bundesangelegenheiten endgültig und für alle Berufe verbindlich. Auch auf den Verbandstagen und Bundesstagen sollen die kleineren Gruppen verhältnismäßig stärker vertreten sein als die großen. Wählen sie weniger als 1500 Mitglieder, wählen sie auf je 500 Mitglieder einen Abgeordneten zu ihrem Verbandstag, während die größeren Verbände mit über 130000 Mitgliedern auf je 1500 einen Vertreter wählen. Bei den damit verbundenen steigenden Verbänden soll sich das Verhältnis entsprechend abufen.

Die Abgeordneten zum Bundesstag sollen von den Verbandstagen aus der Mitte der Abgeordneten gewählt werden, so daß auch die kleinste Reichsgruppe ihre Vertretung findet. Verbandstage bis zu 30 Abgeordneten können die Hälfte derselben zum Bundesstag delegieren, die mit über 60 Abgeordneten jedoch nur drei Fünftel ihrer Delegierten. Es ist alles vermieden, was die Berücksichtigung rechtfertigt, die kleinen Verbände würden an die Wand gedrückt.

Da nicht damit zu rechnen ist, daß ein Zusammenwirken aller baugewerblichen und bauindustriellen Gewerkschaften zeitig erfolgen wird, will der Deutsche Bauarbeiterverband den Anfang machen und sich zum Baugewerksbund umstellen, die Satzungen für denselben annehmen, seine Reichsgruppen zu Bezirksverbänden umbauen und dann jeden baugewerblichen Berufsverband in den Bund aufnehmen, der sich ihm anschließt. Darüber soll der Verbandstag der Bauarbeiter jetzt entscheiden.

Die Berliner Zimmerer.

In den am 27. Februar und am 6. März abgehaltenen Versammlungen gab der Vorsitzende Repschlager den Jahresbericht. Der Kampf gegen das Unternehmertum mußte dauernd geführt werden. Lohnhöhungen erfolgten im Jahre 1921 zweimal ohne Arbeitseinstellung und zweimal mit Arbeitseinstellung. Am Anfang des Jahres stand der Lohn auf 6,80 M., am Schlusse des Jahres auf 13,50 M. Der Wohnungsbau findet bei den Behörden noch immer nicht die genügende Berücksichtigung; doch liegt die Hemmung auch in dem Mangel an Baustoffen.

Wurde im August 1921 für Baustoffe noch das Dreifache des Friedenspreises verlangt, so mußte am Ende des Jahres schon das

Dreifache dafür bezahlt werden. Berufsbaukontrolleure hat Berlin noch nicht aufzuweisen.

Die Ferienfrage wurde nach zweijährigen Verhandlungen dahin gelöst, daß jeder Zimmerer, der 40 Wochen hintereinander bis zum 30. September in ein- und demselben Betriebe tätig war, 3 Tage Urlaub zu beanspruchen hat. In 599 Betrieben waren 4050 Zimmerer beschäftigt; von diesen sind 97 Proz. organisiert, und zwar im Zentralverband der Zimmerer 90 Proz., bei den Spatialsitzen 2 1/2 Proz. und 4 1/2 Proz. gehören den übrigen 19 Organisationen an. Der Mitgliederbestand stieg im Laufe des Jahres von 3562 auf 3901.

Für die Lehrlinge müsse im kommenden Jahre noch mehr getan werden als bisher. Von den 101 Lehrlingen, die im Sommer gezählt wurden, sind 51 bei uns organisiert.

Die alte Forderung auf Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises ist bisher an dem Starbinn der Unternehmer gescheitert; doch besteht seit Januar 1921 ein Brocktorium mit der Stadt Berlin, wonach die Stadt die Räume für die Fachabteilung und der Verband den Arbeitsvermittler stellt. Leider umgeht ein Teil der Kameraden immer wieder den Verbandsnachweis.

Die Einnahmen der Lokalfälle betragen 513 536,13 M., für die Hauptkasse 2 088 104,40 M., die Ausgaben waren 572 524,72 bzw. 2 088 104,40 M. Von den Ausgaben seien genannt: Arbeitslosen- und Kronenunterstützung 262 354,20 M., für Circulunterstützung 1 319 602,45 M.

Die Tätigkeit des Vorstandes wurde allseitig anerkannt. Gemüht wurde, daß er der Lehrlingsfrage mehr Beachtung schenken sollte. Der alte Vorstand wurde mit Ausnahme von Revisoren und Kontrolleuren wiedergewählt.

Lohnbewegung der Musikinstrumentenmacher.

Die Arbeiter in der Pianomechanik, Klavier-, pneumatischen und der Blasinstrumentenbranche waren am Montag im „Nischenberger Hof“ versammelt, um ihre Lohnforderungen für April aufzustellen. Die Versammelten trugen getrennt in drei Sälen. Referenten waren Dorn, Berg und Wilms, welche eine Erhöhung der bestehenden Löhne eingehend begründeten und dafür eintraten, daß bei der Neuregelung die Abstufungen möglichst beschränkt werden müßten. Vorgeschlagen wurde, für die in der Mechanik- und der Klavierbranche beschäftigten Arbeiter, auf den bisher gezahlten Lohn von 17,75 M. 45 Proz. und für die in der pneumatischen Branche Beschäftigten, die heute 19,85 M. Stundenlohn erholten, 30 Proz. Zuschlag zu fordern, so daß sich für die ersten beiden Branchen der Stundenlohn abgerundet auf 25,75 M., für die pneumatische auf 25,80 M. stellen würde. Den Schleifern soll außerdem noch eine besondere Erhöhung von 10 Proz. gewährt werden, weil sie, wie die Maschinenarbeiter, die bisher schon einen besonderen Lohnzuschlag in dieser Höhe bezogen haben, größeren Gefahren bei der Arbeit ausgesetzt sind.

Nach einer kurzen, sehr sachlichen und ruhigen Aussprache wurden die Vorschläge gegen wenige Stimmen angenommen.

„Aufgelöste“ Exporteure und Tariflöhne.

Die im Arbeitgeberverband für den Außenhandel organisiert gewesenen Exporteure hatten mit dem Deutschen Transportarbeiterverband ein Tarifverhältnis. Der Organisation war es möglich, unter dem Druck der riesigen Verdienste, die gerade die Exporteure in der heutigen Zeit erzielen, einigermaßen annehmbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Aber es fanden sich einige Arbeiter, vor allen Dingen Herr Lepp, einer der Hauptverdiener im Export, denen Löhne, die im Höchstfall 600 M. pro Woche betragen, für Hausdiener zuviel waren, während bei ihnen selber Hunderttausende keine Rolle spielten. Diese Menschenfreunde glaubten nun um die Zahlung von Tariflöhnen herumzukommen durch Auflösung des Arbeitgeberverbandes. Am 17. März, unter Führung des Herrn Lepp, der Firma Hecht, Pfeiffer u. Co. und ähnlicher Großverdiener, gelang es, gegen den heftigen Widerstand der sozialer orientierten Firmen, die Sprengung des Arbeitgeberverbandes vorzunehmen.

Die Herren werden sich aber getäuscht haben, wenn sie glauben, nunmehr mit den bei ihnen beschäftigten gewerblichen Arbeitern machen zu können was sie wollen. Der Deutsche Transportarbeiterverband wird kein Mittel unversucht lassen, seinen Mitgliedern zu anständigen Löhnen zu verhelfen.

Es wird aber auch Sache der Arbeitnehmerbeihilfer in den Außenhandelsstellen sein, die Verdienste und die Manipulationen dieser Firmen scharfer als bisher zu kontrollieren und dazu beizutragen, der Volksgemeinschaft ungeheure Summen, die bisher als mißliches Geminne in die Taschen dieser Herren wanderten, zu gewinnen. Es ist einfach der Gipfel von sozialer Verständnislosigkeit, wenn gerade diese Firmen, die alle Ursache hätten, ihre Arbeiter zufriedenzustellen, zu solchen Mitteln greifen. Am 2. April wird die Arbeiterschaft der genannten Betriebe diesen Arbeitgebern die Quittung für ihr Verhalten ausstellen.

Metallarbeiterausperrung in Bayern.

Der Verband Bayerischer Metallarbeiter machte gestern durch die Presse bekannt, daß er zur Ausperrung der Arbeiter auch in den nicht bestreikten Betrieben seiner Mitglieder gezwungen (!) sei, weil trotz seiner Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit, die Arbeiter in Augsburg, München, Nürnberg, Fürth im Auslande ausbarren. Die Ausperrung soll heute mit dem Schluß der regelmäßigen Arbeitszeit beginnen.

Es dreht sich in diesem Kampfe um die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitsstunden von 46 auf 48. Erst dann, wenn die Arbeitervertreter der Arbeiterschaft diese Verlängerung zur Annahme empfehlen, wollen die Unternehmer mit sich reden lassen über die Zurückforderung der Lohnzulagen des Schiedsstellen Punktes des Manteltarifs. Wir haben es hier mit einer Machtprobe der oben genannten Unternehmerrorganisationen zu tun.

Köhler, Leipzig. Mittwoch vormittag 10 1/2 Uhr, Vertrauensmänner-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Saal L. Erscheinen aller Vertrauensmänner unbedingte Pflicht.

Wirtschaft

Einzelhandel und Konsumgenossenschaften.

Bemerkenswerte Betrachtungen über Einzelhandel und Konsumgenossenschaften stellt in Heft 1 der „Kartell-Rundschau“ der bekannte Praktiker des deutschen Kartellwesens Dr. Tjarkersky an. Er hält es für nötig, einmal deutlich zu sagen, daß der Kleinhandel heute drauf und dran sei, seine wirtschaftliche Bedeutung zu überschätzen. Der Einzelhandel verfolge offenbar, daß zwar die Erträge der Industrie volkswirtschaftlich eine absolute, weil unerlässliche, dagegen keine eigene doch in hohem Grade eine relative, weil in erheblichem Umfang ersparende Notwendigkeit sei. Allem Anschein nach habe ja der Kleinhandel die ihm z. B. aus einer fortschreitenden genossenschaftlichen Bedarfsdeckung gerade jetzt erwachsenden Gefahren auch bereits sehr wohl begriffen. Der Handel könne, nach Otto Schambor in seinem Buche: „Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft“, niemals als wirtschaftlicher Selbstzweck betrachtet werden. Er sei vielmehr nur das Vermittlungsglied zwischen Erzeugung und Verbrauch. Er habe als solcher in Kultur und Wirtschaft eine eminente Bedeutung gehabt, habe sie heute noch und werde sie für die nächste Zukunft behalten, überall dort, wo er nicht ersetzt werden kann; aber soweit und in dem Grade, wie sich seine Mission durch ein organisatorisches Zusammenrücken von Erzeugung und Güterverbrauch erledigt, müsse er als überflüssig das Feld räumen.

Der Einzelhandel lehre aber gegen diese Gefahr einer genossenschaftlichen Bedarfsdeckung als Waffe lediglich den Boykott solcher Fabrikanten heraus, die sich nicht verpflichten wollen, auf die Befriedigung kommunaler und sonstiger Konsumgenossenschaften zu verzichten. Er wende hier also ein organisches Mittel an, das er gleichzeitig aufs schärfste verurteilt, wenn es keine industriellen Verbraucher handhaben. Und dabei müsse jene Waffe sehr schnell abtunpfen, je mehr die an sich, wie das Beispiel Englands, unser eigenes und selbst das der feinen Schweiz leide, von der Zeit getragene Konsumgenossenschaftliche Entwicklung fortschreite. Selbst die kontrollierte Industrie aber habe heute schon vielfach gar nicht mehr die Macht — wenn sie es schon als ihre Pflicht ansehen wollte —, den Einzelhandel zu schützen.

Elektrowerte Aktiengesellschaft. Die außerordentliche Generalversammlung der reichsdeutschen Elektrowerte, Aktiengesellschaft, die aus ihren Werksbetrieben in Juchowitz-Golba, Trattendorf und Santa den größten Teil der elektrischen Energie für Mitteldeutschland einspeist, hat beschlossen, die Erhöhung des Grundkapitals von 250 auf 600 Millionen.

Die Haufe in der Textilindustrie. Aus München. Gladbach meldet: In der diesigen Textilindustrie hält die über große Nachfrage weiter an. Die meisten Abchlüsse gelten jetzt schon für den August. Alles, was nur zu erreichen ist, wird gekauft, woraus zu schließen ist, daß noch mit einer weiteren Teuerung zu rechnen ist.

Die geplante deutsche Industrienausstellung in Moskau. Die vorbereitenden Arbeiten für die deutsche Industrierausstellung in Moskau, die für den 1. bis 15. Juli d. J. geplant ist, sind von sowjetischer Seite, wie das Wirtschaftsblatt „Ekonomschaja Schina“ meldet, bereits im Gange. Für die organisatorische Vorbereitung der Ausstellung ist vom Obersten Volkswirtschaftsrat und dem Außenhandelskommissariat ein Sonderausschuß gebildet worden. Die Wünsche der Sowjetregierung gehen dahin, daß die Ausstellung nicht nur einzelne neue Maschinen, sondern auch ganze Einrichtungen industrieller Betriebe vorführen möchte, welche vor allem die verbilligte Massenproduktion, die Mechanisierung der Betriebe und die neuesten Vervollkommnungen und Vereinfachungen der Produktionsmethoden illustrieren sollen.

Umgestaltung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Vereins. Infolge der Teilung Oberschlesiens ist die zentrale Unternehmervereinigung der ober-schlesischen Montanindustrie, der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännliche Verein, veranlaßt, nach 61jährigem Bestehen eine Umorganisation vorzunehmen. Am Sonntag wurde auf einer außerordentlichen Generalversammlung das Ausschreiben der deutsch-schlesischen Verwaltungen aus dem Rattowitzer Verein beschlossen. Diese Verwaltungen werden in Gleichheit eine neue besondere Vereinigung ins Leben rufen.

Preiserhöhung am Fettmarkt. Am Fettmarkt gehen die Preise in die Höhe. Nach dem Marktbericht der Gebr. Gausle sind im Großhandel die Butterpreise erneut um 3 M. heraufgesetzt worden, so daß sich die erste Qualität auf 52 M., zweite Qualität auf 45 bis 48 M. nach amtlicher Notierung stellen. Für Margarine wird eine lebhaftere Nachfrage verzeichnet, da in der nächsten Woche eine Preiserhöhung um 2 bis 3 M. erwartet wird. Weniger lebhaft geht es mit Schmalz zu, wo die vorhandenen Vorräte vorläufig noch für den schwachen Konsum ausreichen, doch sind die Auktionspreise bereits gestiegen. Die Preise für ausländischen Speck sind weiter steigend, und zwar zählt man für gefalzten amerikanischen Rücken-Speck 37 bis 40 M., je nach Stärke.

Wiener Messe. Gleichzeitig mit der Breslauer Messe begann die 2. Wiener Internationale Messe, der im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Notlage der deutschösterreichischen Republik ein voller Erfolg zu wünschen ist. Am Sonntag wurde sie vom österreichischen Bundespräsidenten eröffnet. Auch dort wurde bisher ein starker Besuch und eine lebhafte Kaufstätigkeit verzeichnet, wobei das Ausland zahlreiche Geschäfte abschloß. Unter den nichtösterreichischen Ausstellern auf der Wiener Messe sind an erster Stelle vertreten die Deutschen Werke, die zum erstenmal in Wien ausstellten und bereits lebhaftes Interesse fanden.

Veranm. für den reboll. Zell: Franz Rikhs. Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: H. Giese, Berlin, Verlag Germania-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

Zahngebisse
zerbrochene Teile, einzelne Zähne
Gold-Silber
Bruch, Ketten, Bestecke, Barren
kauft zu unüberbittbaren Preisen
Heinrich Trapp
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
Beuthstr. 10 (Laden) am Spitalmarkt.
Telephon: Zentrum 1876

Metall
Osten
Größer Weg 80
zahlt Lagerpreise für
Kupfer, Messing
Blei, Zink etc.
Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
18 Kottbuserdamm 19
Neuhäuten für
Kostüme, Kleider u.
Ulster - Covercoats
in 16 Farben
Nähte für Herren-
Anzüge u. Schlüpfer
Friedens-Qualitäten
- Billige Preise -

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
und Gegenstände, Pfandscheine
Kottbuser Damm 6, Einkaufsbureau
Achtung! Noch sehr preiswert Achtung!
Oberhemden, Leinenwäsche, Sport-
wäsche, Einsetz- u. Normalhemden,
Strumpf- und Wollwaren, moderne Krawatten
Spez.: Dauerwäsche
J. Altberg Neukölln, Bergstr. 155
FIL.: Berlin, Oranienstr. 199

Brillanten, Gold-, Platin-, Silber-Double-Deutz.
Ketten, Uhren, Zahngebisse, alte Münzen sehr wertbringend, Bedarfs- u. höchstwertige Preise ohne jeglichen Abzug.
P. Arendt
Ackerstraße 38,
Wilmersdorf, Berlin

Billige Bettwäsche Leibwäsche
In dieser Woche besonders günstige Einkaufsbedingungen, da noch zum Teil alte Bestände. Wir bringen gute Qualitäten und machen besonders darauf aufmerksam, daß wir die richtigen Güngen und Breiten liefern.
Großer Deutz . . . 225,- 245,- 275,-
Riffeln 52,50 58,50
Laken 115,- 135,- 155,-
Wälderhose, Hemdhose, Inletts billig
Gewebe- u. billiger Leibwäsche
Wäschefabrikation am Winterfeldplatz
Goltzstr. 28, Schönberg, Colonnadenstr. 62
am Winterfeldplatz, Fahrplanknoten, 13 Min. u. Ost. S-Bahn

Gold-Silber
Platin, Brillanten etc.
allerhöchste Lagerpreise
C. Katerle, Juwelier
Frankfurter Allee 276
Nähe Ringbahnhof
Fahrgeleit wird vergütet!
Maßkorsetts
und Reparaturen,
Fr. L. Bongartz,
Breslauer Str. 25a,
Pausstr. Neuk. 2354
Zeitungs-papier!
gehändelt, kg 4,50
Neu- u. Altpapier
ausgew. Maschinen
S. 10 u. 11
Neukölln, Range 17a
Vergütung: Rein Götze
Frankf. a. M. 281.

MÖBEL
kaufen Sie sehr vorteilhaft im
Spezial-Möbelhaus
G. CAMNITZER
Schönhauser Allee 82
Edle Möbelstücke, am Ringbahn, Schönhauser Allee und Buchholz, Hochpreis
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung

KUPFER
und sämtl. Altmetalle
Gold-, Silber- Bruch
kauft zu Lagerpreisen
Melanienkauf Puckstr. 5
an der Köpenicker Str.
Fahrgeleitvergütung.

Franzbranntwein
1/2 Literflasche M. 27,30
1/4 Literflasche M. 22,80
vorzügliche Qualität

Kopp & Joseph
Berlin W. 30
Potsdamer Straße 122

Gold Silber Platin Zahngebisse
Erich Föhrenmann
Gotzkowskystr. 13